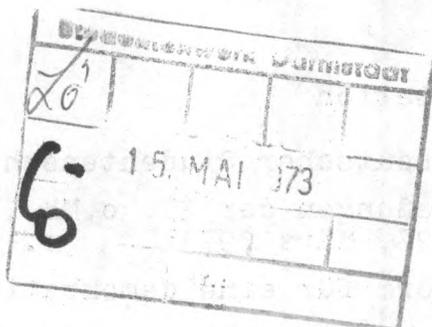


DOKUMENTATION

Nr. 9/1973



*H. Gadd / H. Piku*

I n h a l t

- Verband Deutscher Studentenschaften (I)
- Liste der Mitglieder  
(Stand: 27.3.1973)
  - Aktionsprogramm  
(verabschiedet auf der 25. o.MV., Bonn,  
22. bis 27. März 1973)

-----

Demnächst erscheinen

Mitteilungen / Dokumentation

Nr. 10/1973 Verband Deutscher Studentenschaften (II)

Entschlüsse der 25. o.MV., Bonn,  
22. bis 27. März 1973

- Plattform für eine demokratische Studienreform
- Zur Personalstruktur an den Universitäten
- Zum numerus clausus.

Westdeutsche Rektorenkonferenz

Dokumentationsabteilung

Mitteilungen / Dokumentation Nr. 9/1973

Bonn-Bad Godesberg, 16. April 1973

Redaktion: Dr. Werner Becker

Verband Deutscher Studentenschaften

Mitgliederliste

Stand: 19.3.1973

- |                              |                           |
|------------------------------|---------------------------|
| 1. Aachen TH                 | 36. Hannover MedHo        |
| 2. Augsburg Uni              | 37. Hannover PH           |
| 3. Bielefeld Uni             | 38. Heidelberg Uni        |
| 4. Bielefeld PH              | 39. Heidelberg PH         |
| 5. Bochum FHS                | 40. Hildesheim PH         |
| 6. Bochum Uni                | 41. Hohenheim Uni         |
| 7. Bonn Uni                  | 42. Kaiserslautern Uni    |
| 8. Braunschweig TH           | 43. Karlsruhe Uni         |
| 9. Braunschweig PH           | 44. Karlsruhe PH          |
| 10. Bremen Uni               | 45. Karlsruhe AfbK        |
| 11. Bremen PH                | 46. Kassel GHS            |
| 12. Clausthal TU             | 47. Kiel PH               |
| 13. Darmstadt TU             | 48. Köln Uni              |
| 14. Dortmund Uni             | 49. Köln MuHo             |
| 15. Dortmund HPI             | 50. Konstanz Uni          |
| 16. Dortmund PH              | 51. Landau EWH            |
| 17. Düsseldorf Uni           | 52. Ludwigsburg PH        |
| 18. Düsseldorf Kunstakademie | 53. Lüneburg PH           |
| 19. Erlangen Uni             | 54. Marburg Uni           |
| 20. Essen FWHS               | 55. München Uni           |
| 21. Essen GH                 | 56. München TH            |
| 22. Eßlingen PH              | 57. München MuHo          |
| 23. Flensburg PH             | 58. München AfbK          |
| 24. Frankfurt Uni            | 59. München OFS           |
| 25. Frankfurt MuHo           | 60. München Ho f. Politik |
| 26. Freiburg Uni             | 61. Münster Uni           |
| 27. Freiburg PH              | 62. Münster PH            |
| 28. Gießen Uni               | 63. Neuendettelsau KiHo   |
| 29. Göttingen Uni            | 64. Offenbach HfbK        |
| 30. Göttingen PH             | 65. Oldenburg PH          |
| 31. Hamburg Uni              | 66. Osnabrück PH          |
| 32. Hamburg MuHo             | 67. Regensburg Uni        |
| 33. Hamburg HWP              | 68. Reutlingen PH         |
| 34. Hamburg HbK              | 69. Rheinland PH          |
| 35. Hannover TU              | 70. Saarbrücken Uni       |

71. Saarbrücken PH
72. Stuttgart Uni
73. Stuttgart AfbK
74. Stuttgart MuHo
75. Tübingen Uni
76. Weingarten PH
77. Westberlin PH
78. Westberlin MuHo
79. Westberlin KiHo
80. Worms EW
81. Würzburg Uni
82. Wuppertal KiHo

-----

25. o. MV BONN

ANTRAG Nr. 002

Antragsteller:

ASta Uni Bonn  
ASta Uni Hamburg  
ASta Uni Marburg  
ASta PH Saarbrücken

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:  
Nein-Stimmen:  
Enthaltungen:

## AKTIONSPROGRAMM

Im vergangenen Jahr haben die studentischen Massenkämpfe einen bedeutenden Aufschwung genommen.

Gegen die Versuche der Herrschenden, die materielle Misere durch Kurzstudiengänge auf dem Rücken der Studenten auszutragen und durch Regelstudienzeit und Prüfungsverschärfung die Studenten an ihrer Interessenwahrnehmung zu hindern, wurde an vielen Hochschulen gestreikt. In Nordrhein-Westfalen demonstrierten 15.000 Fachhochschulstudenten, in Hamburg 10.000 Studenten gegen geplante Rahmenprüfungsordnungen. Gegen die Absicht der CDU/CSU durch Landeshochschulgesetze die umfassende Fachaufsicht des Staates zur Sicherung reaktionärer Ausbildungsinhalte zu verankern und studentische Mitbestimmung abzublocken, gingen in München und Kiel über 30.000 Studenten auf die Straße. Gegen die Berufsverbote, gegen politische Disziplinierung wurden zahlreiche Initiativen entfaltet. Durch Solidaritätsaktionen, die von breiten demokratischen Bündnissen getragen wurden, konnten in Hamburg und Rheinland-Pfalz erste Erfolge gegen einzelne Berufsverbote errungen werden.

Die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse erreichten ihr Ziel nicht: denn immer mehr Studenten treten aktiv für ihre materiellen und politischen Interessen ein.

Die Behauptungen der Herrschenden, die Studentenbewegung würde bald zerfallen, sind verstummt; denn die Studentenbewegung ist heute stärker als je zuvor. Die Kämpfe der Studenten und ihre Forderungen sind konkreter, die Kampfziele sind klarer geworden. So haben die 6 Punkte des VDS für ein demokratisches Hochschulgesetz wachsende Bedeutung für die praktischen Auseinandersetzungen gegen die reaktionären Ländergesetze erlangt, haben sie eine breite Resonanz auch außerhalb der Hochschulen gefunden. Die Aktionseinheit der fortschrittlichen Studenten festigt sich. Die Studenten erkennen zusehens, daß die Organe der verfaßten Studentenschaft unverzichtbare Instrumente des demokratischen Massenkampfes sind.

In ihren Kämpfen sammelten die Studenten neue Erfahrungen. Es verbreitete sich die Erkenntnis, daß ihren Bedürfnissen an einer materiell gesicherten und demokratischen Ausbildung die Interessen der Großkonzerne an einer ihrer wirtschaftlichen und politischen Zielen untergeordneten wissenschaftlichen Ausbildung entgegen stehen. Sie erkennen deutlicher: Die Wurzeln der Hochschulmisere liegen im kapitalistischen System der BRD. Deshalb kann der Kampf gegen diese Hochschulmisere, der im demokratischen Bündnis geführt wird, letztlich nur mit einer sozialistischen Perspektive erfolgreich werden. Der Kampf um Reformen erhält eine neue Qualität, wenn er sich einordnet in den Kampf gegen das kapitalistische System.

Die erste Aufgabe der Studentenbewegung ist es, das Bündnis von Arbeitern und Studenten herzustellen. Ohne dieses Bündnis, isoliert von der arbeitenden Bevölkerung, werden die Studenten keine ihrer wesentlichen Forderungen durchsetzen können.

Deshalb versuchen die Herrschenden gegenwärtig mit allen Mitteln die Studentenbewegung von der Arbeiterklasse zu trennen, das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten zu unterbinden.

Demagogisch behaupten sie, bei der Studienreglementierung ginge es ihnen um die Entfernung einiger "bemooster Häupter", um mehr Chancengleichheit zu verwirklichen. Mit der vorgeblichen Priorität für die Berufsausbildung wollen sie Arbeiterjugend und Studenten spalten.

Jetzt kommt es darauf an, die ersten Ansätze gemeinsamer Aktionen von Arbeitern und Studenten -wie in Hamburg und Nordrhein-Westfalen gegen die Prüfungsordnungen oder in Bayern gegen das Landeshochschulgesetz- weiter zu entwickeln. Es geht darum, Informationen über die wirklichen Ziele des Hochschulkampfes in die Bevölkerung zu tragen. Mit Informationsständen in den Hochschulorten, mit Flugblättern vor den Betrieben müssen wir die gemeinsamen Interessen an einer demokratischen Hochschule aufzeigen. Es muß uns gelingen, zu konkreten gemeinsamen Aktionen der Organe der Studentenschaft und der Organisationen der Arbeiterklasse zu kommen.

Von den Auswirkungen des kapitalistischen Systems, wie z.B. dem Profitstreben und der Herrschaft der Großkonzerne sind Arbeiter und Studenten betroffen. Preistreiberei, Mietwucher, Bodenspekulation, Verweigerung wirksamer Mitbestimmung und Abbau demokratischer Rechte

richten sich gegen die Interessen von Arbeitern und Studenten.

Die Arbeiter haben gerade in jüngster Zeit klar gemacht, daß sie nicht länger bereit sind, sich den Großkapitalisten willenslos auszuliefern. Die Erfolge, die die kämpfenden Arbeiter errungen haben sind zugleich Erfolge für den Kampf um Demokratie und sozialen Fortschritt. So ist es ein Erfolg, wenn Stahlwerker von Hoesch, die Entlassung von Kollegen, die sich aufgrund ihrer politischen und gewerkschaftlichen Aktivität das Vertrauen der Belegschaft erworben haben durch solidarisches Handeln verhindern; so ist es ein Erfolg, wenn Arbeiter bei Mannesmann durch ihre konsequente Aktion ihren Bossen einen dicken Strich durch die Extra-Profit-Rechnung machen und sich erfolgreich gegen den Abbau ihres Reallohns zur Wehr setzen.

Welche Erfolge das Bündnis von arbeitender Bevölkerung und Studenten, das Bündnis aller demokratischen Kräfte erzielen kann, wurde im Kampf für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gegen Strauß, Barzel bewiesen. Daß es den ultra-reaktionären Kräften nicht gelang, auf kaltem Wege die Regierung zu übernehmen und die Verträge zu Fall zu bringen, war nicht zuletzt das Ergebnis der breiten Massenaktionen.

Auch im internationalen Maßstab brachte die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte Erfolg. Die internationale Solidarität leistete einen wichtigen Beitrag zum historischen Sieg des vietnamesischen Volkes über den US-Imperialismus. Der US-Imperialismus wurde zur Unterzeichnung des Pariser-Friedensabkommens gezwungen.

Bei allen diesen demokratischen Aktionen hat sich gezeigt: Die Aktionseinheit, das ist der Schlüssel zum Erfolg im Kampf für die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen, im Kampf für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.

Bei den Bundestagswahlen 1972 hat die Mehrheit der Bevölkerung der revanchistischen und gegen europäische Sicherheit gerichtete Politik der CDU/CSU eine deutliche Absage erteilt. Gleichzeitig haben Arbeiter und Angestellte mit den "Prüfsteinen" des DGB und die Stu-

dentem mit den "9 Fragen" des VDS ihre sozialen und politischen Forderungen artikuliert, mit denen sie die Parteien konfrontierten. Der Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition war Ausdruck der Erwartung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten, daß eine SPD geführte Bundesregierung diese Forderungen erfüllen würde. Doch die Regierungserklärung machte auch für viele Wähler und Anhänger der SPD/FDP-Regierung deutlich:

diese Regierung ist nicht gewillt, die Forderungen ihrer Wähler zu erfüllen. Durch ihre Absage an die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter in den Betrieben, durch Lohnleitlinien und Steuererhöhungen, durch die unter dem Mantel angeblicher "Stabilitätspolitik" die Stabilität der Profite der Großkonzerne gesichert werden; durch ihre Absage an die demokratischen Bestrebungen an Schulen und Hochschulen bis hin zur Identifizierung mit den politischen Vorstellungen der reaktionärsten Kräfte an den Hochschulen im "Bund Freiheit der Wissenschaft"; durch ihr Festhalten an Hochrüstung und Militarismus, durch Bundeswehrhochschulen und Wehrkundeerlasse bekräftigte sie, daß ihr Ziel, die Erhaltung und Sicherung des kapitalistischen Systems in der BRD ist.

Es hat sich erwiesen, daß grundlegende politische und ökonomische Veränderungen nur durch das bewußte Handeln der Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen sind und nicht durch einen formalen Wahlakt.

Die sozialen und politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate beweisen, daß die Arbeiter und Angestellten, Schüler und Studenten ihre Forderungen am Wahltag nicht vergessen haben. Diese Erwartungen und Forderungen von Teilen der Bevölkerung müssen jetzt in Aktionen gegen die Macht des Großkapitals umgesetzt werden.

Vor der Studentenbewegung werden folgende Probleme stehen:

- in den Ländern rollt die Welle der reaktionären Länderhochschulgesetze. Für die nächste Zeit hat die Bundesregierung das Hochschulrahmengesetz, II Auflage, angekündigt -eines HRG, das von vornherein für die CDU/CSU maßgeschneidert wird-.
- In einzelnen Ländern, an einzelnen Hochschulen ist mit weiteren Vorstößen zur Prüfungsverschärfung zu rechnen. Die KMK bereitet

- ein Instrumentarium zur Reglementierung von Studium und Prüfungen vor, das die Fachaufsicht des Staates über die Studienreform verhängt, daß den Widerstand gegen die Studienmisere abwürgen soll.
- Nach wie vor steht der Beschluß des Finanzplanungsrates, die geplanten Bildungsausgaben drastisch zu kürzen. Das bedeutet: Sparprogramme, weitere Verschärfung des NC, BAFÖG-Verschlechterung, Zementierung des materiellen Notstands in Schule, Berufsausbildung und Hochschule. Zum Sommer dieses Jahres soll die Verwaltung des Bildungsnotstands in Form des "Bildungsgesamtplans" von Bund und Ländern ratifiziert werden.
  - Nach wie vor besteht der Ministerpräsidentenerlaß vom 28.1.72, der das verfassungswidrige Berufsverbot gegen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten verhängt, der den Marxismus von den Hochschulen verbannen soll. Auf den gewachsenen Widerstand gegen die Berufsverbote werden die Rechtskräfte mit "neuer" Demagogie und Härte, mit "neuen" Wegen der politischen Einschüchterung und Disziplinierung reagieren.
  - Das Pariser Vietnam-Friedensabkommen ist durch Störmanöver der US-Imperialisten permanent gefährdet; in Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei wird das Volk seit Jahren, seit Jahrzehnten von Faschismus und Militärdiktatur geknechtet; Frieden, Entspannung und Abrüstung in Europa werden ständig von den Rechtskräften in Gefahr gebracht. Dies zeigt: Die antiimperialistische Solidarität gerade auch der Studenten, ihr Kampf für Frieden und Entspannung ist nötiger denn je. Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR werden eine äußerst wichtige antiimperialistische Manifestation sein.

Nur wenn es gelingt, die Masse der Studenten in den Kampf einzubeziehen, kann dieser Kampf erfolgreich sein. Nur wenn es gelingt, solche Aktionen durchzuführen, die zeigen, wo Studenten und lohnabhängige Massen gleiche Interessen haben, gewinnt dieser Kampf an Perspektive.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend, haben die im VDS vereinigten Studentenschaften beschlossen, ihre Antrengungen auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms zu intensivieren

- damit die Kämpfe der Studenten mit einheitlichen demokratischen Forderungen ihre volle Breite und Schlagkraft entwickeln,

- damit in den kommenden Auseinandersetzungen weitergehende inhaltliche Vorstellungen des demokratischen und antiimperialistischen Kampfes einbezogen werden,
- damit die Aktionen der Studenten fester an der Seite der arbeitenden Bevölkerung, fester im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften gegen kapitalistische Ausbeutung und politische Reaktionen geführt werden,
- damit Fachschaften, ASten und VDS als demokratische Interessenvertretung in den praktischen Kämpfen selber weiter gestärkt werden.

Die Politisierung der Studenten läßt sich messen an dem Bewußtsein der Notwendigkeit zur Überwindung des Kapitalismus, der eine konsequente Demokratisierung aller Lebensbereiche verhindert und an der Bereitschaft aktiv für die eigenen Interessen einzutreten.

Der VDS ist sich bewußt, daß er nur dann wirkungsvoll handeln kann, wenn seine Beschlüsse von einer bewußten Mehrheit der Studenten getragen werden. Er begrüßt deshalb alle Aktivitäten in den einzelnen Lebens- und Arbeitsbereichen an der Hochschule, die die erfahrbaren Widersprüche des Kapitalismus aufgreifen, vorantreiben und mit einer sozialistischen Perspektive weitervermitteln.

Diese praktischen Auseinandersetzungen sind eine wesentliche Voraussetzung zur Konstituierung antikapitalistischen Bewußtseins. Bundesweite Mobilisierungsaktionen dienen der Durchsetzung von Teilzielen und dienen dazu, die Widersprüche des kapitalistischen Systems erfahrbar zu machen. Sie stärken die sozialistische Bewegung in der BRD.

Zwischen diesen Elementen besteht ein Wechselverhältnis, durch das der Hochschulkampf auf ein höheres Niveau gehoben wird. Für den VDS als zentrales Organ der Studentenschaften ergeben sich daraus folgende Aufgaben:

1. Der VDS koordiniert real schon vorhandene Bewegungen im Rahmen der verfaßten Studentenschaft.
2. Der VDS initiiert Mobilisierungs- und Politisierungsaktionen.
3. Der VDS begrüßt Formen spontan entstandener Selbstorganisation, soweit sie nicht gegen grundsätzliche Positionen der den VDS bindenden Beschlüsse verstoßen.

Kampf den reaktionären Hochschulgesetzen

Mit Streiks und Demonstrationen zeigten Zehntausende von Studenten zusammen mit Assistenten und fortschrittlichen Hochschullehrern in nahezu allen Hochschulen der BRD in den letzten beiden Semestern ihre Kampfbereitschaft gegen die reaktionäre Novellierungsoffensive in den einzelnen Bundesländern. Vielfach ist es gelungen, mit den Gewerkschaften auf der Grundlage der "Bildungspolitischen Vorstellungen" des DGB ein Bündnis für die gemeinsamen Interessen der werktätigen Bevölkerung und der Studenten herzustellen. So gingen in Bayern 25.000 gegen Maiers Kasernenordnung auf die Straße, kämpften Studenten, Assistenten, Hochschullehrer und Gewerkschafter in der "Aktion Demokratische Hochschule" für die Brechung des Bildungsprivilegs, für demokratische Kontrolle und Mitbestimmung. So streikten die Hamburger Studenten gegen die Reglementierung ihres Studiums durch die Einführung einer Rahmenprüfungsordnung.

Auch in den nächsten beiden Semestern werden sich die Auseinandersetzungen an den Hochschulen zuspitzen auf die Kämpfe gegen die reaktionäre Hochschulformierung in Form der Hochschulgesetze.

Ob Landeshochschulgesetze der CDU-Kultusminister, ob Gesamthochschulerrichtungsgesetze der SPD-Länder, alle Gesetzesmaßnahmen beinhalten erweiterte Eingriffsmöglichkeiten des kapitalistischen Staates bis hin zur Fachaufsicht, institutionalisieren den Einfluß von Vertretern des Großkapitals und sind durch Ordnungsrecht, Knebelung oder Liquidierung der Organe der verfaßten Studentenschaft gekennzeichnet.

Die große Koalition im Bildungswesen soll durch das Hochschulrahmengesetz abgeseignet werden. Bildungsminister Dohnanyi hat noch für dieses Jahr den endgültigen Kompromiß angekündigt. Mit dieser Politik der Gemeinsamkeiten soll ein Bundesgesetz verabschiedet werden, das so Dohnanyi, die bisherigen Ländergesetze "korrigiert" und der Hochschulformierung bundeseinheitlichen Charakter verleiht: Selbst Ansätze demokratischer Mitbestimmungs- und Kontrollpositionen in einzelnen Ländergesetzen sollen abgebaut werden, wesentlichen Bestandteilen der staatlichen Formierung soll bundesweite Geltung verschafft werden; gleichzeitig sollen die reaktionärsten Varianten

der Ländergesetze wie das BHG in den Rahmen passen. Schon realisierte oder geplante Formierungsmaßnahmen, wie die Studienreglementierung mit Regelstudienzeit, Studienjahr, Aufteilung in Kurz- und Langzeitstudium, wie die weitgehende Ausschaltung von Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen bundesweite Legitimation erhalten und damit unangreifbar erscheinen. Die Zentralisierung der Planungs- und Entscheidungskompetenzen beim Staat wird **endgültig** festgeschrieben; mit dem Rahmen sollen die Hochschulen relativ verbindlich umstrukturiert werden.

Im WS 73 sollen die Bundeswehrhochschulen ihren Betrieb aufnehmen. Mit ihnen soll das Prinzip der Integrierten Gesamthochschule durchlöchert und "grünes Licht" für private Hochschulen im unmittelbaren Griff der Konzerne gegeben werden.

Gegen diese Formierung durch Landes Hochschulgesetze und HRG als den Kristallisationspunkt aller reaktionären Maßnahmen, kämpfen wir mit inhaltlichen Alternativen. Unsere Alternative für ein demokratisches Hochschulgesetz sind in den "6 Punkten des VDS" zusammengefaßt. Die "6 Punkte" entsprechen den ureigensten Interessen der Studenten, sie tragen dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung Rechnung:

1. Für demokratische Kontrolle der Hochschule durch alle Hochschulangehörigen und die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung  
- für die Stärkung der Selbstverwaltung der Hochschule gegen die staatliche Fachaufsicht.
2. Für die gleichberechtigte Mitbestimmung von Lehrenden, Lernenden und Nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern in allen Fragen des Hochschulwesens.
3. Für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit unabhängigen Organen, finanzielle Unabhängigkeit und dem Recht der politischen Interessenvertretung  
- Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung.
4. Für demokratische Forschungsplanung und Kontrolle der Auftragsforschung.

- 5. Für ein integriertes Hochschulsystem,
  - Für die konsequente Verwirklichung der integrierten Gesamthochschule.
  
- 6. Für eine breite wissenschaftliche Ausbildung mit demokratischen Studieninhalten und Lehrformen.
  - Für eine demokratische Studienreform durch die Hochschulen und Fachbereiche unter Einbeziehung der gewerkschaftlichen Organisationen.

In den Bewegungen gegen die Hochschulgesetze gilt es, das gemeinsame der reaktionären Maßnahmen hervorzuheben, die Aktionen gegen die Ländergesetze mit dem Kampf gegen das HRG zu verbinden. Die geplante Verabschiedung des HRG erfordert mehr denn je das einheitliche Handeln der Studenten. Die Zusammenarbeit mit ihren Fachhochschulern und den Organisationen muß im Kampf gegen das HRG weiterentwickelt werden. Das Bündnis zwischen Studenten Assistenten und fortschrittlichen Hochschullehrern wurde an vielen Hochschulen schon hergestellt. Diese Ansätze müssen weiterentwickelt und auf alle Hochschulen ausgedehnt werden. Die Zusammenarbeit des VDS mit dem Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) und der Bundesassistentenkonferenz (BAK) ist von großer Bedeutung. Durch sie wird das gemeinsame Handeln an den Hochschulen orten weiter verbessert werden.

Ein wichtiger Platz in der Zusammenarbeit mit BAK und GEW, dem Bündnis aller Hochschulangehörigen nimmt der Kampf gegen die geplante Personalstrukturreform ein, die als Bestandteil der Hochschulformierung die Aufspaltung in forschende und lehrende Hochschullehrer gesetzlich absichert. Die Aufgabe des VDS wird es sein, darzulegen, daß sich diese Maßnahmen auch gegen die Interessen der Studenten richten, weil ihnen damit eine wissenschaftlich Ausbildung unmöglich gemacht wird.

Von großer Bedeutung sind die Erfahrungen, die die Studenten in ihren bisherigen Kämpfen gegen die Hochschulgesetze gemacht haben. So kämpften in der "Aktion demokratische Hochschule" Hochschulangehörige, zusammen mit den Gewerkschaften gegen das reaktionäre bayrische Hochschulgesetz,

Der VDS setzt sich dafür ein, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der "Aktion demokratische Hochschule", mit dem Bund demokratischer Wissenschaftler und den Gewerkschaften ein gemeinsames Forum zu schaffen, auf dem die Länderhochschulgesetze und das HRG diskutiert, die bisherigen Erfahrungen ausgetauscht und ausgewertet über ein gemeinsames Vorgehen beraten werden soll.

Das HRG soll der "krönende Abschluß" der reaktionären Länderhochschulgesetze werden. Deshalb gilt es im Kampf gegen das HRG bundesweite, einheitliche Aktionen vorzubereiten und durchzuführen. Maßstab dieser Aktion muß sein, sich nicht von der arbeitenden Bevölkerung zu isolieren, sondern sie über die Ziele des Hochschulkampfes zu informieren.

## 2. Kampf der Studienreglementierung! Für eine demokratische Studienreform!

Um die profit-schmälernden Kosten für Ausbildung und Wissenschaft möglichst gering zu halten, um demokratische Alternativen abzublocken, um die Studenten politisch mundtot zu machen, um ihre Forderung vor der arbeitenden Bevölkerung zu diskreditieren und um von der materiellen und inhaltlichen Misere der Ausbildung abzulenken, soll eine umfassende Reglementierung des Studiums durchgesetzt werden.

Die Herrschenden führen Regelstudienzeit und für die Masse der Studenten Kurzstudiengänge ein, sie planen die Einführung des Studienjahres für alle Studenten, angeblich um durch schnelleren Durchfluß mehr Chancengleichheit auch der Arbeiterkinder zu ermöglichen. In Wirklichkeit wollen sie die miserable Ausstattung der Hochschulen kaschieren und verewigen, wollen sie Studenten und Hochschullehrern die Möglichkeit nehmen, demokratische Veränderungen in den Ausbildungsgängen durchzusetzen, weil die höhere Belastung für Lehrende und Planende für solche Aktivitäten keinen Raum mehr läßt. Wissenschaftliches Arbeiten, die Einbeziehung in die Forschung soll für die Masse der Studenten verhindert werden.

- Wenden wir uns gegen alle Versuche, durch Kurzstudiengänge und ähnliche Maßnahmen eine qualifizierte Berufsausbildung zu verhindern!
- Kämpfen wir für eine umfassende wissenschaftliche Ausbildung, die zur aktiven Bewältigung fachlicher Anforderungen und zur Erkenntnis objektiver gesellschaftlicher Zusammenhänge, zur kollektiven Wahrnehmung der eigenen und der Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Ausbildung und im Beruf befähigt!
- Für die Durchsetzung kollektiver und forschender Arbeitsweise in der Ausbildung!

Durch die Fachaufsicht des Staates sollen die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen eingeschränkt bzw. abgeschafft werden.

Über ein Instrumentarium, das alle Kompetenzen für die Studienreform für Prüfungs- und Studienordnungen bei den Kultusministern bündelt, wollen sie sich Studium und Lehre gefügig machen. Studienreformansätze, die nicht in das reaktionäre Konzept der herrschenden Klasse passen, können so durch eine Geste der Kultusminister vom Tisch gefegt werden. Zusätzlich droht man mit dem Entzug von Geldern und der Nichtbewilligung von Planstellen, wo sich in Fachbereichen noch demokratischer Widerstand regt.

- Verteidigen wir das Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen!
- Volle Kompetenz für Studienreformkommissionen und Studienreformkonferenzen der Fachbereiche und Hochschulen unter Einbeziehung der Gewerkschaften!

Den Herrschenden ist jedes Mittel recht, um die reaktionären Ausbildungsinhalte abzusichern. Demokraten, die sich gegen reaktionäre Lehrinhalte wehren, werden diskriminiert, Marxisten mit Berufsverbot belegt. Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studenten, insbesondere bei Berufungsfragen, sollen ausgeschaltet werden. So läßt man den Berufungsmafiosi vom Bund "Freiheit der Wissenschaft" freie Hand bei ihrem Versuchen, das Monopol reaktionärer Lehrmeinungen aufrecht zu erhalten. Das Argument, für die Bestimmung der Lehrinhalte dürften nur die dafür "Qualifizierten", die Professoren verantwortlich sein, bzw. nicht überstimmt werden, entlarvt sich als der Versuch, alle demokratischen Bestrebungen abzuwürgen. Um diese Maßnahmen abzurunden, sollen Bundeswehrhochschulen errichtet werden, die militaristisches Gedankengut in die Ausbildung tragen sollen. Diese Pläne stehen in einer Reihe mit dem Wehrkundeerlaß für die Schulen, mit dem Versuch, durch die Ausweitung der Kompetenzen für den Bundesgrenzschutz die Militarisierung im Innern der BRD voranzutreiben.

Eine Ausbildung in unserem eigenen und im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung fordert von uns:

- Setzen wir uns mit allen reaktionären Lehrinhalten, mit gewerkschafts- und fortschrittsfeindlichen Ideologien auseinander!
- Setzen wir die Berufung fortschrittlicher Dozenten durch!

- Kämpfen wir für die Berufung marxistischer Wissenschaftler!
- Wenden wir uns gegen die Versuche, durch die Errichtung von Bundeswehrhochschulen die Militarisierung der Ausbildungsinhalte durchzusetzen!
- Entlarven wir die reaktionäre Berufungspraxis des BUF!
- Erhalten und erweitern wir die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studenten auch bei Berufungen und der Lehrplanbestimmung!
- Setzen wir uns ein für Arbeitsformen und -inhalte, die versuchen, die Vereinzelung im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb aufzuzeigen und zugunsten kollektiven Verhaltens tendenziell zu überwinden! Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und der aktuellen Formen ihrer Vermittlung im Studium als zentraler Bestandteil des Kampfes gegen die kapitalistische Bildungsreform leitet sich ab aus den Funktionen der jeweiligen Wissenschaft sowie ihrer Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß und ihrer theoretischen Absicherung.

Das Konzept der Reglementierung schließt sich mit der Oktroierung der Prüfungsordnung wie in Hamburg und NRW. Hierbei wird die Fachaufsicht des Staates schon im Vorgriff praktiziert, werden Studiengänge durch verschärfte Studienanforderungen praktisch festgelegt; Zwischenprüfungen zur sozialen und politischen Auslese eingeführt, Kontrollmöglichkeiten bei den Prüfungen und die freie Wahl der Prüfer durch den Studierenden verhindert.

- Verhindern wir die disziplinierenden und diskriminierenden Prüfungsordnungen!
- für die demokratische Kontrolle der Prüfung!

! diese Maßnahmen stellen den komplexen Versuchen der Herrschenden dar, mit der Misere an den Hochschulen fertig zu werden, ohne größere finanzielle Zugeständnisse zu machen, Konflikte durch Repression auszuschalten und durch Abwürgen aller Demokratisierungsbestrebungen die Ausbildung inhaltlich im Griff zu behalten. Sie passen sich dabei nahtlos in die Konzepte zur Durchsetzung von Länderhochschulgesetzen und Hochschulrahmengesetz ein. Deshalb ist der Kampf gegen solche Maßnahmen auch immer als Bestandteil der Auseinandersetzung mit diesen Gesetzen zu führen.

Die Formierung des Bildungswesens im Interesse der Konzerne sowie die konkreten Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung sind keine isolierte Erscheinung.

nung der BRD, sondern bestimmen die Erscheinungen des Bildungswesens in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern. In Westeuropa gehen daher die Regierungen der kapitalistischen Staaten wie auch die Konzerne unmittelbar in zunehmendem Maße zur koordinierten Erarbeitung und Durchsetzung ihrer reaktionären Bildungspolitik über. Wie auf dem von UNEF und VDS mit Unterstützung des ISB durchgeführten Seminars in Straßburg vom 5. - 8.12.72 vereinbart, wird der VDS seinen Beitrag zur Koordination der Kämpfe der fortschrittlichen Studenten in Westeuropa gegen die supranationale Formierung des Bildungswesens und für eine demokratische Hochschule leisten.

Die Möglichkeit eines Bündnisses mit der arbeitenden Bevölkerung ergibt sich z.B. aus dem Interesse der Arbeiter und Angestellten an qualifiziert ausgebildeten Lehrern und Ärzten. Dieses Bündnis würde in den Kämpfen gegen die Rahmenprüfungsordnungen in Hamburg und NRW schon teilweise praktiziert. Bündnismöglichkeiten ergeben sich mit der Arbeiterjugend, deren Berufsausbildung ähnlich verkürzt und inhaltlich reglementiert werden soll. Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Ausbildung werden weiter verweigert. Unterstützen wir deshalb den Kampf der Arbeiterjugend um eine qualifizierte und demokratische Berufsausbildung!

- Der VDS wird alle Ansätze zur Demokratisierung der Studiengänge unterstützen. Er unterstützt daher die Bemühungen um das Zustandekommen eines gemeinsamen Studienreformkongresses von GEW, anderen Gewerkschaften, BDWi, BAK, und VDS. Der VDS wird darauf hinwirken, daß dieser Kongreß intensiv in der Studentenschaft vorbereitet wird. Der Kongreß sollte dazu beitragen, Bedeutung und Lage der Studienreform zu diskutieren, die Ursachen der Studienformierung und die Möglichkeiten demokratischer Alternativen zu untersuchen. Großes Gewicht sollte auf die Entwicklung von Formen der weiteren Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte in der Hochschulreform gelegt werden, um am Ort und bundesweit den Kampf gegen Studienreglementierung und Wissenschaftsformierung wirksam und auf breiter Basis führen zu können.
- Der VDS wird auf der Basis der "VDS-Plattform für eine demokratische Studienreform" die am Ort geführten Aktionen gegen die Studienreglementierung unterstützen. Er wird Versuche der Kapitalistenverbände, auf Studiengänge, Forschungsschwerpunkte und Prüfungsordnungen mit Hilfe des Staates Einfluß zu nehmen, enthüllen und seine

Informationen den örtlichen Studentenvertretungen für deren Arbeit zur Verfügung stellen.

Fälle von Brüfungsverschärfungen, Berufunfsverschleppungen usw. werden vom VDS konkret aufgegriffen werden. Der VDS wird über die geplanten Maßnahmen unter anderem des Studienjahres, der Regelstudienzeiten und des Formierungsinstrumentariums umfassend informieren und den Kampf gegen die Reglementierungsbestrebungen z. schwerpunktmäßig einbeziehen in die Aktionen gegen das HRG und die reaktionären Ländergesetze.

- Die Studienreformatarbeit der Fachschaften wird vom VDS durch die Fachkonferenzen unterstützt, koordiniert und vereinheitlicht. Die Diskussion und Analyse relevanter Studienmodelle, ihres hochschulpolitischen Ursprungs und ihre Realisierungsbedingungen soll dort verstärkt vorangetrieben werden.

Der VDS wird darauf hinarbeiten, daß ASten und Fachschaften auf Grundlage der in der "VDS-Studienreform-Plattform" gemachten Vorschläge Formen der systematischen Studienreformatarbeit aufbauen und koordinieren. (z.B. Studienreformatbeitskreise, die in demokratische Organisationsmodelle der Studenten integriert sind, kollektive Berufspraktika, Seminarkollektive usw.).

Solche Formen sind dabei immer im Zusammenhang und in Hinführung auf Massenaktionen zur Durchsetzung der Forderungen anzuwenden.

### 3. Kampf der materiellen Bildungsmisere!

Personal- und Ausbaustopp, Streichung von Tutorenprogrammen, Überfüllung von Vorlesungen, Übungen und Seminaren, das gehört heute zum Alltag des Studiums. Zu 40% waren die Hochschulen der BRD 1971 überbelegt.

Der materielle Notstand ist katastrophal. Zur Verschleierung dieses Sachverhalts werden von den Herrschenden in Statistiken in der Forschung arbeitende Wissenschaftler auf dem Papier in Lehrkräfte verwandelt, um ein rosigeres Bild der Situation zu zeichnen.

Verschleiert werden soll, daß die Bildungsreform längst auf Eis gelegt ist. Der Status Quo soll festgeschrieben werden. Bis zum Jahre 1975, so hat der Finanzplanungsrat beschlossen, sollen die geplanten Bildungsausgaben schrittweise um bis dann 5 Mia. DM gesenkt werden.

Um die Kürzungen zu begründen, greift man zu plumper Demagogie. Für die Hochschulen sei schon genug Geld ausgegeben, so heißt es, nun sei es an der Zeit, etwas für die Ausbildung in den anderen Bereichen, besonders für die Lehrlinge zu tun.

Doch die Pläne beweisen:

Ebenso wie für die Hochschulen haben sich der Herrschenden auch in allen übrigen Bereichen darauf eingestellt, mit der Misere zu leben.

In den Schulen werden die Klassenfrequenzen nicht verringert, in den Berufsschulen sollen auch 1975 52 Schüler von einem Lehrer unterrichtet werden.

Im Herbst 1973 soll der Bildungsgesamtplan verabschiedet werden, der all diese Maßnahmen zu einem festen Rahmen zusammenschweißen soll.

Dieser Bildungsgesamtplan, das steht heute schon fest, wird gegen die elementaren Interessen aller gerichtet sein, die an einer besseren Ausbildung in Schule, Berufsschule und Hochschule interessiert sind.

Er trifft nicht nur die Studenten, er trifft zugleich vor allem auch die arbeitende Bevölkerung, die die Folgen all dieser Maßnahmen besonders tragen muß: Der überfüllten Klassen in den Schulen, der schlechten Berufsausbildung ebenso wie des Sparprogramms an den Hochschulen. Denn materieller Notstand an den Hochschulen, das bedeutet weniger und schlechter ausgebildete Ärzte und Lehrer. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. In gemeinsamen Aktionen müssen wir uns zur Wehr setzen, Studenten, Assistenten, und Hochschullehrer, Schüler, Lehrer, Eltern und Lehrlinge. Gemeinsam müssen wir eintreten für den konsequenten Ausbau aller Bereiche des Bildungswesens. Der Beschluß des Finanzplanungsrates, die geplanten Bildungsausgaben zu senken, muß aufgehoben werden. An den Hochschulen muß der Ausbau personell, räumlich und mit Sachmitteln entsprechend den Forderungen der Studenten und der übrigen Hochschulangehörigen erfolgen. Keine Eingriffe des Staates in die Haushaltsautonomie der Hochschulen. Berufungsverzögerungen und Streichungen von Tutorenprogrammen müssen verhindert werden.

Die Sparprogramme der Hochschulen sind eine Ursache dafür, daß die Hochschulen aus den Nähten platzen. Durch einen verschärften Numerus clausus wollen die Herrschenden dieses Problem auf ihre Weise lösen.

Der NC-Staatsvertrag soll der Grundstein zu einer perfekten Verwaltung der Misere sein. Das derzeitige uneinheitliche Verfahren soll durch ein zentrales staatliches Planungs- und Lenkungsinstrumentarium ersetzt werden. Keine Rede ist mehr davon, daß der NC eine befristete Notmaßnahme ist, wie vorher immer behauptet. Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, Zulassungsbeschränkungen völlig eigenmächtig, nach bloßer Stellungnahme der betreffenden Hochschule anzuordnen. Für das Kuratorium der Zentralstelle ist die Mitgliedschaft nicht eines einzigen Studenten vorgeschrieben. Zugleich sollen angesichts des zunehmenden Widerstands gegen den NC geringfügige Veränderungen den Eindruck von mehr Chancengleichheit und eines gerechteren Zulassungsverfahrens erwecken. Doch auch noch so ausgetüftelte Modelle für die Studienplatzvergabe können nichts daran ändern, daß vor allem diejenigen die langen Wartezeiten finanziell nicht verkraften können, die nur wenig Geld zur Verfügung haben -in erster Linie die Kinder aus der arbeitenden Bevölkerung. Der NC, das ist eine der Grundlagen dafür, daß nur

3% Arbeiterkinder an den Hochschulen der BRD studieren. Einen sozial gerechten NC kann es nicht geben. Der NC muß vollständig beseitigt werden, das Bildungsprivileg gebrochen werden.

In den Sparprogrammen, die mit dem NC abgesichert werden sollen, ist die unzureichende materielle Absicherung der Ausbildung ein Schwerpunkt. Gerade der Finanzplanungsratsbeschluß hat gezeigt, wie eng Personal und Ausbaustopp, unzureichende Studienbedingungen in den Seminaren und Bibliotheken mit der Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten verbunden sind.

Mieten von 130 DM und mehr für Studentenzimmer sind heute keine Seltenheit mehr. Weil es an Wohnheimplätzen fehlt, finden zu Beginn jedes Semesters tausende von Studenten keine Wohnung. Besonders betroffen sind die ausländischen Studenten, die oft überhaupt keine Chance haben, auf dem "freien" Wohnungsmarkt ein Zimmer zu bekommen.

Um 50% stiegen zum 11.1. z.B. die Beiträge in der Hamburg-Münchner-Ersatzkasse. Nach wie vor weigert sich die Bundesregierung, die gesetzliche Grundlage für die Einbeziehung der Studenten in die bestehenden gesetzlichen Krankenkassen zu sozial-tragbaren Beitragssätzen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund muß die geplante Festschreibung der Ausbildungsförderung gesehen werden. Bis 1975 soll es keine Erhöhung der BAFÖG-Sätze geben, die schon heute völlig unzureichend sind. Die Elternfreibeträge sollen zwar überprüft werden, doch nicht einmal von einer Angleichung an die durchschnittlichen Lohnsteigerungen der letzten Jahre ist die Rede.

Gerade von der sozialen Misere von Wohnungsnot und unzureichender Gesundheitsversorgung sind Studenten und arbeitende Bevölkerung gemeinsam betroffen. Gemeinsam muß die Schaffung von ausreichendem Wohnraum zu sozial-tragbaren Mieten, ein umfassende Verbesserung der Gesundheitsversorgung, ein demokratisches Ausbildungsförderungssystem durchgesetzt werden, das auch den Kindern aus der arbeitenden Bevölkerung ein Studium ohne finanzielle Sorgen er-

möglichst.

Gegen die Forderung nach Erhöhung der Ausgaben für die Bildung und soziale Sicherung ergeben sich aus dem kapitalistischen System immer neue "Sachzwänge". Im Rahmen der Erhaltung des Systems werden den Konzernen Milliarden an Subventionen zugeschustert. Hinzu kommen die immensen Rüstungslasten. Das "Gleichgewicht der Kräfte" so sagen die Herrschenden, sei die Voraussetzung für die "Öffnung nach dem Osten".

"Herunter mit der Rüstung -mehr Geld für die Bildung", das wird auch in Zukunft eine zentrale Losung im Kampf gegen den materiellen Bildungsnotstand sein. Denn gerade angesichts der Tatsache, daß die Politik der friedlichen Koexistenz sich in Europa zunehmend durchsetzt, ist vielen Menschen deutlich geworden, daß die immensen Ausgaben für die Rüstung gesenkt werden müssen.

Diese richtige Forderung widerspricht aber dem Zwang der Profitmaximierung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Deshalb bedeutet diese Forderung aktiven Kampf gegen das kapitalistische System, kann dieses Problem letztlich auch nur durch die Überwindung desselben endgültig gelöst werden.

Auch der DGB stellt in seinen bildungspolitischen Vorstellungen fest: "Ein auf Entspannung gerichtete Politik muß dazu führen, daß bisher für Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen."

In letzter Zeit haben die Studenten sich verstärkt gegen die materielle Misere an den Hochschulen zur Wehr gesetzt. Im Rahmen der "Kampagne gegen die materielle Hochschulmisere im November 1972" haben viele, vor allem örtliche Aktionen stattgefunden. Dabei hat sich immer wieder gezeigt: Die gemeinsame Interessengrundlage bildet eine gute Grundlage für gemeinsame Aktionen. Was für die Studenten unzureichende Studienbedingungen sind, das wirkt sich für die Assistenten für die Hochschullehrer und das technische und Verwaltungspersonal als unzumutbare Arbeitsbedingungen aus. Dies war der Grund dafür, warum es in der Vergangenheit zu Demonstrationen gekommen ist, an denen nicht nur

Studenten, sondern auch die übrigen Hochschulangehörigen teilgenommen haben. Das gemeinsame Interesse von arbeitender Bevölkerung und Studenten an einem umfassenden Ausbau des gesamten Bildungswesens bildet die Grundlage für gemeinsame Aktionen, vor allem mit den Gewerkschaften.

Die geplante Verabschiedung des Bildungsgesamtplans wird für die Aktionen an den Hochschulen in den nächsten beiden Semestern von entscheidender Bedeutung sein. Der VDS wird im Sommersemester Aktionen gegen die materielle Bildungsmisere initiieren und örtliche Aktivitäten unterstützen und koordinieren.

Durch diese Aktionen soll zugleich eine Kampagne gegen den NC zum Ende des Sommersemesters und zu Beginn des Wintersemesters vorbereitet werden. In diesem Zusammenhang wird der VDS verstärkt die Bildung von NC-Komitees auf örtlicher Ebene und in den Fachschaften unterstützen. Im Kampf gegen den NC wird es besonders darauf ankommen, die Schüler und ihre Organisationen für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen.

In allen Aktionen gegen den materiellen Bildungsnotstand müssen die sozialpolitischen Forderungen der Studenten eine wichtige Rolle spielen. Mietstreiks und Hausbesetzungen z.B. müssen überall, wo das möglich ist, Teil solcher Aktionen werden.

Am 1.10.73 muß die Bundesregierung nach den Vorschriften des BAFÖG die BAFÖG-Höchstsätze und Freibeträge überprüfen. In allen Aktionen gegen den materiellen Bildungsnotstand muß daher die Forderung nach einem demokratischen Ausbildungsförderungssystem, insbesondere nach sofortiger Anhebung der Bedarfssätze einbezogen werden.

4. Kampf den Berufsverboten und politischer Disziplinierung!  
Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!

---

Dem Anwachsen demokratischer Bewegungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, der zunehmenden Kampfbereitschaft, die sich in Betrieben, an den Hochschulen, in Rote-Punkt-Aktionen und Bürgerinitiativen gegen Bodenspekulationen und Mietwucher zeigt, versuchen Staat und Monopole mit verstärktem Abbau der demokratischen Rechte und politischer Disziplinierung zu begegnen. Bei allen Maßnahmen der Herrschenden kommen den Berufsverboten eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Berufsverbot sollen alle Linken, systemkritischen Kräfte eingeschüchtert und bedroht werden. Die wirklichen Feinde des Grundgesetzes, die entschiedensten Gegner der demokratischen Rechte, alte und neue Nazis sitzen dagegen nach wie vor in höchsten Ämtern im Staatsdienst und in der Bundeswehr.

Doch auch der Widerstand gegen den Ministerpräsidentenerlaß hat sich verbreitert. Vertreter unterschiedlicher politischer Auffassungen, fortschrittlicher Juristen, namhafte Künstler und Wissenschaftler, haben gegen die Berufsverbote protestiert. Gewerkschaftsjugend, ÖTV, GEW und große Teile der anderen DGB-Gewerkschaften haben in Beschlüssen den Ministerpräsidentenerlaß verurteilt. Im gesamten Bundesgebiet haben vielfältige Aktionen stattgefunden, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten aktive Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kräfte gemeinsam zum Ausdruck brachten, staatliche Eingriffe in das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung nicht hinnehmen wollen. Die Kraft der Solidarität konnte in einigen Fällen die Einstellung von Demokraten in den Staatsdienst erzwingen. So mußte z.B. in Hamburg die Lehrerin und Kommunistin Ilsa Jacob auf Druck von Eltern, Schülern, Kollegen mit Unterstützung der Gewerkschaften und viele demokratischen Organisationen vom Senat in das Beamtenverhältnis übernommen werden. So konnte die demokratische Öffentlichkeit in Rheinland-Pfalz einen Gerichtsbeschuß erwirken, der das rheinland-pfälzische Kultusministerium zur Einstellung der Lehrerin Anne Lenhart verpflichtet.

Dies dokumentiert, daß gegen die Berufsverbote erfolgreich ge-

kämpft werden kann, wenn alle Demokraten solidarisch zusammenstehen.

Aufgrund der Proteste und Aktionen gegen die Berufsverbote sehen sich die Herrschenden gezwungen, durch solche Manöver wie die Diskussion über angeblich "gerechte" Ausführungsbestimmungen des Erlasses vom Kampf für die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse abzulenken. Doch sie verhindern nach wie vor unter Berufung auf das Verbotsurteil gegen die KPD die Berufung von Horst Holzer, sie verweigern nach wie vor zahlreichen Demokraten die Einstellung in den Staatsdienst.

Ziel muß es jetzt sein, die ersten Erfolge im Kampf gegen einzelne Berufsverbote und die dabei entstandenen Bewegungen zu nutzen, um den Ministerpräsidentenerlaß als Ganzes zu Fall zu bringen. Dazu muß die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Liberalen, von Gewerkschaften, von Arbeitern, Studenten, Schülern und Lehrern intensiviert werden, muß das Bündnis gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen politische Disziplinierung auf eine noch breitere Basis gestellt werden.

Auch in den Betrieben sollen die konsequentesten Vertreter von Arbeiterinteressen mundtot gemacht werden. Das Kasseler Maulkorburteil soll politisches Wohlverhalten der Arbeiter in- und außerhalb des Betriebes erzwingen. Arbeiter, die in Streikbewegungen aktiv sind, werden, wie bei Hoesch, mit Entlassung bedroht. Doch gerade hier hat sich gezeigt, daß die Kraft der Solidarität der Arbeiter imstande ist, der Willkür der Konzernherren Schranken zu setzen.

Eine wichtige Aufgabe der Studentenbewegung und der verfaßten Studentenschaften im Kampf gegen die Berufsverbote ist es, die Studenten zu einer geschlossenen Front zusammenzuschließen und das Bündnis mit der Arbeiterklasse in konkreten gemeinsamen Aktionen herzustellen. Im gemeinsamen Kampf mit den Gewerkschaften und allen demokratischen Verbänden und Organisationen wird es möglich sein, die Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses zu erzwingen und die Einstellung aller Demokraten, die vom Berufsverbot betroffen sind, zu erkämpfen.

Der VDS unterstützt alle regionalen und nationalen Aktionen gegen die Berufsverbote. Ein wichtiger Schritt für die Verbreitung des Kampfbündnisses wird die Manifestation der Initiative "Freiheit im Beruf - Demokratie im Betrieb" sein, die am 14.4.1973 in Dortmund stattfinden wird. Der VDS ruft alle Studenten auf, diese aus der Solidaritätsbewegung mit den Hoesch-Arbeitern entstandene Aktion zu unterstützen.

Als ein Mittel fortschrittliche Kräfte als Verfassungsfeinde zu diffamieren und als Rechtfertigung für Repressalien gegen alle, die die bestehenden Machtverhältnisse verändern wollen, wird von den Herrschenden bis heute das Verbot der KPD aufrechterhalten. Auch Studentenorganisationen sollen unter Berufung auf das KPD Verbot kriminalisiert werden. Das Eintreten für die Aufhebung des KPD-Verbots bleibt deshalb eine Aufgabe der studentischen Interessenvertretungsorgane.

Um ein Zusammengehen der Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung im Kampf für gemeinsame demokratische und soziale Rechte zu verhindern, verstärken die herrschenden Kreise im Zusammenwirken mit ihrer studentischen Hilfsgruppe RCDS ihre Versuche, den studentischen Interessenvertretungsorganen das Recht auf politische Stellungnahmen zu nehmen. So wurde z.B. dem AStA Uni Hamburg per Gerichtsbeschluss verboten, die Forderung nach Kürzung des Rüstungshaushalts aufzustellen, da sie nicht "unmittelbar hochschulbezogen" sei. Mit der gleichen Begründung versucht man zu verhindern, daß die Studenten der BRD und ihre Interessenvertretungsorgane an den Aktivitäten der internationalen Solidarität der antiimperialistischen Studentenbewegung teilnehmen. Diesen Versuchen, den ASten, Fachschaftsräten und dem VDS einen politischen Maulkorb umzuhängen, müssen wir unseren Kampf für das Recht auf uneingeschränkte politische Interessenvertretung entgegensetzen.

Ein Mittel der Herrschenden, die Studenten in ihrem Kampf einzuschüchtern und auseinander zu dividieren, ist die Verhängung von sogenannten Disziplinarstrafen. Man schafft sich "Rädelsführer", um die Studentenbewegung zu kriminalisieren. Sogenannte Ordnungsmaßnahmen gegen konsequente Studentenvertreter werden durch

reaktionäre Verordnungen ergänzt, die den Verkauf von Publikationen das Verteilen von Flugblättern etc. verhindern sollen. Ein ganzes Spektrum von Maßnahmen wird eingesetzt, um die Möglichkeit der politischen Arbeit fortschrittlicher Studenten und Organisationen zu stören.

Aufgabe der Interessenorgane ist es, die Studenten zu großer Wachsamkeit diesen Maßnahmen gegenüber anzuhalten, Solidarität mit betroffenen Kommilitonen zu üben und die selbsttätigkeit der Masse der Studenten für ihre eigenen politischen Rechte zu fördern.

5. Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf!  
Für Frieden und Abrüstung!

Für die großen antiimperialistischen Bewegungen der letzten Jahre haben die Studenten einen entscheidenden Beitrag geleistet, in den Solidaritätsaktionen für das vietnamesische Volk und für die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, im Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa, in den Aktionen zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Diese Bewegungen vereinten nicht nur breite Massen von Studenten, sondern sie führten auch arbeitende Bevölkerung und Studenten zu gemeinsamen Protesten und Demonstrationen. Diese Bewegung kommt zum Ausdruck in der Losung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die vom 28.7. - 5.8. 1973 in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik stattfinden werden. In Bonn und Dortmund demonstrierten mehr als 40.000 Menschen gegen die US-Aggression in Indochina. Mit der zentralen Vietnamdemonstration am 20.1. wurde eine neue Qualität im gemeinsamen Handeln von Studenten und arbeitender Bevölkerung erreicht. Nicht nur an der Demonstration selbst, sondern auch bereits an der Vorbereitung waren Sozialdemokraten und Kommunisten, fortschrittliche Liberale und Christen aktiv beteiligt, Gewerkschaftler, fortschrittliche Intelligenz, Lehrlinge und Schüler.

Gerade die Solidaritätsbewegung für Vietnam kann heute einen bedeutenden Erfolg verbuchen. Denn sie hat Anteil an dem Sieg, den das vietnamesische Volk mit dem am 27. 4. 1973 in Paris unterzeichneten Vietnam-Abkommen erringen konnte. Damit wird eine neue Etappe im Kampf des vietnamesischen Volkes eingeleitet. Heute geht es darum, die zentralen Punkte des Pariser Vietnamabkommens zu verwirklichen:

Die demokratischen Rechte des Volkes auch in den vom Thieu-Regime beherrschten Gebieten durchsetzen!

Der Bevölkerung Südvietnams in freien Wahlen die Entscheidung über ihre Zukunft zu überlassen!

Die Hunderttausende von politischen Gefangenen aus dem Thieu-Regime zu befreien!

Zugleich müssen die Vietnamesen gewaltige Aufgaben beim Wiederaufbau der DRV und der befreiten Gebiete bewältigen. Damit wird sich die internationale Solidaritätsbewegung nicht nur aktiv und wachsam für die Verwirklichung des Abkommens einsetzen müssen, sondern zugleich einen entscheidenden Anteil an der materiellen Hilfe über-

nehmen müssen.

Für beide Aufgaben wird sich der VDS mit aller Kraft in der Zusammenarbeit mit der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität und der Hilfsaktion Vietnam einsetzen, Zugleich unterstützt er alle regionalen Vietnam-Aktivitäten, an denen Asten und Fachschaftvertretungen mitarbeiten.

Bis zu den Weltjugendfestspielen wird der VDS die Sammelaktion des WRDJ für ein Kinderkrankenhaus in Hanoi aktiv unterstützen.

Er wird weiter im Rahmen des ISB eine Delegation vietnamesischer Studenten in die BRD organisieren. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Übernahme von Patenschaften für Laboratorien und technische Einrichtungen für vietnamesische Universitäten. Dabei ergeben sich auch gute Grundlagen für die Zusammenarbeit von fortschrittlichen Wissenschaftlern und Dozenten.

Aber der VDS wird keine Aktion unterstützen, bei denen die Gelder an das korrupte Thieu-Regime fließen, und damit auf die Konten der führenden Offiziere.

Darum fordern wir auch die Einstellung aller politischen, ökonomischen und moralischen Unterstützung des Thieu-Regimes durch die Bundesregierung. Statt dessen fordern wir die diplomatische Anerkennung und umfassende materielle Unterstützung der DRV und RSV. Denn auch diese Bundesregierung hat sich eindeutig auf die Seite der US-Aggression gestellt, ja, sie hat mit den Devisenausgleichszahlungen diese Aggression sogar mitfinanziert. Damit trägt sie Mitverantwortung für die gewaltigen Bombardierungen, Verwüstungen Vietnams. Damit fordern wir zugleich die Einstellung aller weiteren Devisenausgleichszahlungen an die US-Regierung.

Der VDS wird auch weiterhin aktiv am Kampf gegen die reaktionären und faschistischen Regime Portugal, Spanien und Griechenland teilnehmen. Eine der nächsten konkreten Aktionen wird dabei eine vom ISB unterstützte Woche der Solidarität mit den Völkern und Studenten dieser Länder sein. Während dieser Woche sollen an allen Hochschulen, von den Asten und Fachschaften Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden. Wir werden mit aller Entschiedenheit gegen den geplanten Scheel-Besuch in Griechenland kämpfen! In Zusammenarbeit

mit anderen demokratischen Aktionen werden wir deutlich machen, daß Scheel nicht als Vertreter der Bevölkerung der BRD nach Griechenland fährt, sondern im Auftrag des westdeutschen und europäischen Großkapitals.

Der VDS unterstützt die Aktionen fortschrittlicher Eltern, Lehrer und Schüler gegen das Schulabkommen mit Griechenland, mit dem faschistische Lehrer zur Disziplinierung vor allem der Gastarbeiterkinder in die Bundesrepublik importiert werden.

Wir fordern die Einstellung aller politischen ökonomischen und militärischen Unterstützung der Regime in Portugal, Spanien und Griechenland durch die Bundesregierung.

Gerade im Kampf am Arbeitsplatz gegen reaktionäre, friedensfeindliche und gegen die Völkerverständigung gerichtete Lehrinhalte, gegen alle Wissenschaft, die auf die Unterdrückung und Ausbeutung der Völker gerichtet ist, im Kampf gegen die Bundeswehrhochschulen und gegen Wehrkundeunterricht, unterstützen die Studenten der Bundesrepublik wirkungsvoll den Kampf für Frieden und Entspannung, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen Faschismus und Imperialismus.

Der VDS wird die Aufklärung über den aggressiven Charakter der NATO - im Zusammenhang mit der im Juni stattfindenden NATO-Konferenz verstärken und die Ideen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa propagieren. Im Interesse der Bevölkerung der BRD und der vom US-Imperialismus unterdrückten Völker muß die Forderung nach der Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die USA im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Abkommens am 30.6.1973 durchgesetzt werden.

Der VDS beteiligt sich an dem im November in Paris von den europäischen Studentenverbänden geplanten Kongreß, in dessen Mittelpunkt die Situation in Portugal, Spanien und Griechenland steht.

Unsere antiimperialistische Solidarität gilt vor allem auch den Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien, ihrem Kampf gegen die Kolonialherrschaft Portugals und um den Aufbau einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaftsordnung in ihren Ländern. Der Dortmunder Angola-Mozambique-Kongreß hat gezeigt, welche bedeutenden Fortschritte und Erfolge diese Befreiungsbewegungen bereits erringen konnten.

Das ist für uns zugleich ein Ansporn, unsere Solidaritätsaktionen fortzusetzen. Dazu wird der VDS seine Mitarbeit im Organisationskomitee Angola Guinea-Bissau, Mozambique noch verstärken und gemeinsam mit den in diesem Komitee mitarbeitenden Organisationen auf der Grundlage der Parolen der Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC, Frelimo die UNO-Solidaritätswoche vom 25.5. - 1.6.1973 an allen Hochschulen durchführen. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Studentenbund wird der VDS eine Reihe von Teach-Ins mit Studentenvertretern aus den unter portugiesischer Kolonialherrschaft stehenden Gebieten organisieren.

Viele nationale Studentenverbände werden von den reaktionären Regimen ihrer Länder unterdrückt und kämpfen unter schwierigsten Bedingungen mutig für die Interessen der Studenten und den gesellschaftlichen Fortschritt. In Marokko ist die UNEM verboten worden; mit Erlaß vom 2. Dezember 1972 wurde der türkische Studentenverband und alle fortschrittlichen Studentenorganisationen der Türkei von der Militärregierung aufgelöst. Ihnen allen gilt unsere Solidarität. Unsere Solidarität gilt auch der CISNU und allen fortschrittlichen Kräften, die in Persien gegen die Schahdiktatur kämpfen.

Zur Information über die internationale antiimperialistische Studentenbewegung wird der VDS die Reihe "Internationale Berichte" herausgeben. Das erste Heft wird dem Beitrag der chilenischen Studenten zum Kampf ihres Volkes gegen den US-Imperialismus, für die vollständige Unabhängigkeit, die volle Entfaltung der Demokratie und den nationalen Aufbau des Landes gewidmet sein. Das zweite Heft wird den antifaschistischen und antikolonialistischen Kampf der portugiesischen Jugend und Studenten betreffen.

Antiimperialistische Solidarität ist auch die Solidarität und Zusammenarbeit mit den ausländischen Kommilitonen in der Bundesrepublik. Die mit ihrem Studium verbundenen politischen, sozialen, materiellen und vor allem auch inhaltlichen Fragen, werden die Fachschaften und Ästen verstärkt beschäftigen. Zu ihrer Unterstützung wird der VDS gemeinsam mit dem Hamburger Asta eine Konferenz zum Ausländerstudium durchführen.

Auf dieser Konferenz, die vom ISB unterstützt wird, sollen die in den kapitalistischen Ländern speziell für Ausländer gewählten Studieninhalte analysiert werden, sollen Forderungen entwickelt werden für eine demokratische Ausländerausbildung.

Weitere Schwerpunkte dieser Konferenz sind die politische, materi-

elle und soziale Situation der ausländischen Studenten in den kapitalistischen Staaten.

Dazu wird auch das Programm zur Interessenvertretung ausländischer Studenten in Diskussionen mit den Asten, ausländischen Studentengruppen und -Verbänden weiter entwickelt werden. Der VDS wird weiter im Initiativkomitee "Ausländergesetz" mitarbeiten.

Daneben wird es darauf ankommen, alle Initiativen demokratischer Organisationen gegen die fortschreitende Disziplinierung ausländischer Arbeiter und Studenten zu unterstützen.

Der VDS wird sich für die Aufhebung des Verbots von Gups und Gupa einsetzen. Er steht an der Seite der palästinensischen Völker in ihrem Kampf gegen die israelischen Annektionsversuche. Zugleich gilt unsere Solidarität aber auch den demokratischen Kräften in Israel, die der Verfolgung und Unterdrückung israelischer Imperialisten ausgesetzt sind.

All diese Bewegungen zeigen, daß der Imperialismus zwar noch in der Lage ist, mit Terror und Unterdrückung seine Regime in vielen Teilen der Welt aufrechtzuerhalten. Zugleich beweisen sie, wie zuletzt der Sieg des vietnamesischen Volkes, daß der Imperialismus das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen kann, daß er sich weltweit in der Defensive befindet.

Diese weltweite Bewegung gegen den Imperialismus erweitert sich ständig, und immer mehr Menschen erkennen auch, daß der entscheidende antiimperialistische Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land geführt wird, daß die Unterstützung der demokratischen Bewegung im eigenen Land die beste und wichtigste Solidarität mit den Völkern und Befreiungsbewegungen ist. Das gilt besonders auch für die Bundesrepublik. Denn der BRD-Imperialismus, das Monopolkapital der BRD, hat weltweit seine Hände überall dort im Spiel, wo es gilt, Befreiungsbewegungen zu unterdrücken, um den eigenen Einfluß, die eigene Herrschaft zu sichern.

In den Aktionen zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau sind Studenten und arbeitende Bevölkerung gemeinsam für den Frieden aktiv geworden. Erst ihre vereinten Aktionen haben die Ratifizierung ermöglicht. Diese Aktionen, ja auch die Entscheidung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung in den letzten Bundestagswahlen, für eine Politik des Friedens und der Entspannung

haben gezeigt, daß die Zeit reif ist für eine europäische Sicherheitsordnung und eine entschlossene Politik der Abrüstung. Damit sind mit den Verträgen von Moskau und Warschau auch entscheidende Voraussetzungen geschaffen worden. Aber die sozialdemokratische geführte Bundesregierung setzt sich über die Interessen des Volks an Frieden und Entspannung hinweg. Sie richtet ihre Politik weiterhin an den Interessen der großkapitalistischen Kreise und imperialistischen Bündnispartner aus. So stellte die Bundesregierung nicht nur ihr Interesse an politischer und vor allem auch militärischer Zusammenarbeit mit den USA heraus, sondern machte noch einmal klar, daß auch diese Bundesregierung die Rüstungsanstrengungen verstärken wird. Zudem sollen nach ersten Planungen die Devisenausgleichszahlungen in der nächsten Periode verdoppelt werden.

Dagegen steht das gemeinsame Interesse an Frieden, das arbeitende Bevölkerung und Studenten verbindet. Denn zur Realisierung aller studentischen Forderungen ist der Frieden entscheidende Voraussetzung. Deshalb unterstützt der VDS alle Initiativen, die den Prozeß der Abrüstung und Entspannung vorantreiben. Deshalb wird auch die Zusammenarbeit mit den Studentenorganisationen der sozialistischen Staaten verstärkt. Kampf um Entspannung und Frieden ist zugleich Kampf gegen die reaktionären und revanchistischen Kräfte in der BRD, ist Kampf gegen den Antikommunismus, der - von der herrschenden Klasse zur Vertuschung innerer Widersprüche vorangetrieben - unser gesellschaftliches Leben immer noch wesentlich bestimmt. So prägen immer noch revanchistische Lehrinhalte unsere Lehrbücher. Auch der Kampf dagegen ist Kampf um Frieden und Entspannung.

Wichtigste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Sicherheitsordnung sind die Europäische Sicherheitskonferenz und die Abrüstungskonferenz. Daß die seit Jahren von den sozialistischen Ländern und der demokratischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern geforderten Konferenzen überhaupt zustande kamen, ist bereits ein wichtiger Erfolg im Kampf um Frieden und Entspannung. Aber dieser Kampf ist nicht allein die Sache von Konferenzen. Sein Erfolg wird letztlich davon abhängen, mit welcher Kraft die demokratische Bewegung, die Bevölkerung der kapitalistischen Staaten sich für Entspannung und Abrüstung einsetzen.

Vom 28.7. - 5.8.76 finden unter der Losung "für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt, zu denen in der Hauptstadt der DDR zehntausende Jugendliche und Studenten die fortschrittlichen Jugend- und Studentenorganisationen aus aller Welt zusammentreffen. Die Aktionen des VDS\$ und der Studenten für Frieden und Zusammenarbeit, gegen Revanchismus und Militarismus, unsere Aktionen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und den Völkern in Afrika, Asien und Lateinamerika stehen im Zeichen der Vorbereitung dieser Manifestation der Einheit der Jugend und der Studenten in aller Welt im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Imperialismus; sie stehen im Zeichen der Propagierung der Festival-Ideen.

Der VDS ruft alle Studenten auf, sich am Festival-Wettbewerb des VDS, der von der Fachkonferenz Kunst und Medien des VDS vorbereitet worden ist, zu beteiligen. Der VDS wird sich weiterhin für die Zusammenarbeit im Sinne der Kampfziele des Festivals, wie sie im Internationalen Aufruf festgelegt sind, zwischen allen fortschrittlichen Jugend- und Studentenorganisationen, mit allen fortschrittlichen Kräften in der BRD einsetzen.

Der VDS wird seine enge Zusammenarbeit mit der Weltorganisation der fortschrittlichen und internationalen Studentenbewegung, dem Internationalen Studentenbund, auf allen Gebieten noch intensivieren.

Dies gilt insbesondere für die Fortsetzung der Nguyen-van-Troi-Kampagne von WBDJ und ISB sowie für die Aktionen der Solidarität mit den Völkern von Portugal, Spanien und Griechenland, mit Angola, Guinea-Bissao und Mosambique. Diese Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit mit den nationalen Studentenverbänden ist eine entscheidende Voraussetzung für eine demokratische Hochschule; für Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung; für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft!

6. Stärkt die Organe der verfaßten Studentenschaft!  
Für die Wiederfinanzierung des VDS aus Bundesmitteln!

Verfaßte Studentenschaft

Die Organe der verfaßten Studentenschaft, die einst vom bürgerlichen Staat den Studenten nicht nur als demokratische Spielwiese, sondern nicht zuletzt als Organ studentischer Interessenvertretung für "studentische Belange" in einem formell unabhängigen Hochschulbereich zugewiesen wurden, sind in den letzten Jahren immer stärkeren Angriffen ausgesetzt, in einigen Bundesländern bereits liquidiert.

In der Entwicklung der demokratischen Studentenbewegung wurden diese Organe zunehmend zu unersätzblichen starken Instrumenten des studentischen Massenkampfes.

In dem Maße, in dem sich der Kampf demokratischer und sozialistischer und kommunistischer Studenten ausweitet und in diesen Institutionen antikapitalistische Politik gemacht wird, wird in immer größerem Umfang ihr Abbau betrieben; sei es durch Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft, durch Änderungen des Wahlmodus, Zerschlagung der Finanzautonomie, projektbezogene Zuweisung von Geldern durch die Unibürokratie oder sei es durch ständige Attacken über den Rechtsweg.

Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, mit der Einrichtung verschiedenster Hochschulgremien ein umfangreiches Instrumentarium zur Konfliktregelung und Effektivierung zu schaffen. Durch eingegrenzte Mitwirkung der Studenten sollen auftretende Widersprüche frühzeitig erkannt und entschärft werden; dabei sollen die Gremienvertreter, die zudem der Studentenschaft in keiner Weise rechenschaftspflichtig sind, durch Schweigepflicht mundtot gemacht werden. Sie sind bei Androhung von Rechtsmaßnahmen zur "Konstruktiven Mitarbeit" in den Gremien verpflichtet.

Für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzautonomie!

Für eine verfaßte Studentenschaft mit uneingeschränktem politischen Mandat!

Gegen die Beaufsichtigung der Organe der verfaßten Studentenschaft!

Gegen Mitwirkungs- und Schweigepflicht in den Gremien!

Gegen Ordnungs-, Haus- und Schlichtungsrecht!

Asta und Fachschaften ermöglichen die wirksame Vertretung der gemeinsamen Interessen der Studenten. Asta und Fachschaften sind eine organisatorische Grundlage für den erfolgreichen Kampf der Studenten gegen die Interessen des Großkapitals an den Hochschulen. Asta und Fachschaften ermöglichen die Einbeziehung breiter Teile der Studentenschaft in den solidarischen Massenkampf um ihre materiellen, politischen und Ausbildungsinteressen, unabhängig von ideologischen und politischen Differenzen.

Die politische Interessenvertretung der Studenten wird von den Herrschenden verbissen bekämpft. Ihr vermeintlich freundliches Angebot, die verfaßte Studentenschaft dürfte weiter bestehen, würde sie doch nur auf das sogenannte politische Mandat verzichten, soll auf die faktische Liquidierung der verfaßten Organe hinauslaufen. In dieser Richtung arbeiten auch jene, die versuchen durch Gerichtsurteile die Beitragshoheit und das Recht auf politische Interessenvertretung zu beseitigen.

Gerade jetzt, wo die herrschende Klasse in breitester Front gegen die autonome Interessenvertretung aller Studenten marschiert, ist die Verteidigung und Stärkung der Organe der verfaßten Studentenschaft zur zentralen Aufgabe der demokratischen Studentenbewegung geworden. Die Forderung nach gesetzlicher Verankerung der verfaßten Studentenschaft, Beitragshoheit, Unabhängigkeit von der Univerwaltung und Satzungsautonomie gilt es in die aktuellen Kämpfe, sei es gegen Prüfungsverschärfung, sei es für die Berufung eines marxistischen Wissenschaftlers, sei es gegen die Polizeiuniversität hineinzutragen.

Der Beschluß der großen Koalition, dem VDS die Mittel aus dem Bundesjugendplan zu entziehen, muß vom Tisch. Auch eine SPD-FDP-Regierung wird überlegen müssen, ob sie weiterhin eine derart diskriminierende Haltung einnehmen kann gegenüber einem Verband, der die Interessen der großen Mehrheit der Studenten in der BRD wahrnimmt, und der durch seine demokratische Politik international hohes Ansehen genießt. Die Forderung nach unverzüglicher Wiederfinanzierung des VDS ohne besondere Bedingungen aus Mitteln des Bundes gehört zu den zentralen Kampfaufgaben der Studenten im Kampf um ihre eigenen Interessen. Jetzt kommt es darauf an, die Notwendigkeit der Stärkung des Asta, der Fachschaft und des überregionalen Interessenverbandes, des VDS, zu verdeutlichen.

Zu starken gegen alle Liquidierungsversuche, zu starken als Organe der studentischen Interessenvertretung, die dem Kampf der Masse der Studenten um ihren sozialen, politischen und Ausbildungsinteressen eine einheitliche unverzichtbare Plattform bieten, um diesen Kampf auf möglichst breiter Basis an der Seite der arbeitenden Bevölkerung und aller demokratischen Kräfte zu führen.

1. Der VDS wird mit aller Kraft darauf hinwirken, daß Asta und Fachschaften als aktive Kampforganisationen der Studentenschaft gestärkt werden. Der VDS wird durch intensive Informationstätigkeit gegen alle Liquidierungs- und Disziplinierungsbestrebungen die Rolle der verfaßten Studentenschaft als fortschrittliche Interessenvertretung verdeutlichen.
2. Der VDS wird gegen die Maßnahmen der Kultusbürokratie, der Rechtskräfte, an den Hochschulen, die darauf abzielen, die Studenten ihrer Interessensvertretungsorgane zu berauben,

gezielt den Kampf der Asta und Fachschaften unterstützen, vor allem auch ~~im~~ Kampf um die Durchsetzung demokratischer Studentenschaftssatzungen.

3. Der VDS wird die Kampagne zur Wiederfinanzierung aus Bundesmitteln fortsetzen. Der VDS wird sich verstärkt um die Unterstützung seiner Forderungen an die Bundesregierung durch fortschrittliche Organisationen und Kräfte bemühen.